

Wer ist souverän?

Die Corona-Krise zeigt: Über den Ausnahmezustand entscheiden die Nationalstaaten

Michael Paulwitz

In Krisenzeiten schlägt die Stunde der Wahrheit. Im Ernstfall zählt nicht Reden, sondern Handeln. Handlungsfähigkeit setzt die erforderlichen Machtmittel voraus, die Legitimation zur Gewaltausübung und die Akzeptanz durch die Betroffenen. Die Corona-Krise hat es glasklar an den Tag gebracht, welche Instanz diese Voraussetzungen erfüllt: Ohne den Nationalstaat geht es nicht.

Für EU-Bürokraten muß das eine nicht minder bittere Erkenntnis sein als für all die vor allem in Deutschland anzutreffenden Schwarmgeister, die da glauben, Nation und Nationalstaat seien überholte Konzepte „aus dem 19. Jahrhundert“, die schleunigst zu überwinden und in transnationalen Systemen einzuschmelzen seien.

Im Moment der Krise aber richten sich alle Blicke auf den eigenen Nationalstaat. Von ihm wird erwartet, die notwendigen Maßnahmen nach außen und nach innen zu ergreifen, um Leben und Sicherheit seiner Bürger zu schützen. Auch bei der Linderung der Folgeschäden für den einzelnen Bürger und Unternehmer und für die ganze Volkswirtschaft ist zuerst der Nationalstaat gefragt.

Grenzschießungen, die eben noch wegen sakrosankter EU-Dogmen für „unmöglich“ erklärt worden waren, können da auf einmal ohne viel Federlesens umgesetzt werden. Europas Nationalstaaten zeigen, daß sie selbst zu drastischen Eingriffen in das Alltagsleben der Bürger und das Wirtschaftsleben in der Lage sind, bis zum weitgehenden Herunterfahren des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft. Bürger akzeptieren diese Maßnahmen zunächst, weil sie von derjenigen Instanz kommen, die von ihnen auch demokratisch legitimiert ist und kontrolliert werden kann und der sie das Gewaltmonopol zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung übertragen haben. Gewiß: Auch Einschüchterung durch Panik spielt dabei eine Rolle.

Und wenn in Deutschland über weitreichende Freiheitseinbußen weniger kontrovers als anderswo diskutiert wird, hängt dies auch mit der deutschen Obrigkeitsgläubigkeit zusammen, die vom Staat die Lösung aller Probleme erwartet und auch länger als vernünftig darauf vertraut, daß „die da oben“ schon wissen, was sie tun. Und doch würden dieselben Maßnahmen fraglos weit weniger willig hingenommen, wären sie von einer anonymen supranationalen Macht wie der Europäischen Union verhängt worden.

Diese Frage stellte sich freilich gar nicht. Die EU stand hilflos am Spielfeldrand, als die Mitgliedstaaten nacheinander immer weitergehende Maßnahmen ergriffen: Einreiseverbote, Grenzschießungen, Beschränkungen von Handel und Reiseverkehr;

Griechenland wiederum setzte unter ohnmächtigen Protesten von Uno und EU zeitweise sogar das Asylrecht aus, um sich im Grenzkrieg mit der Türkei vor Überforderung durch Erdos Migrationen zu schützen.

Das ist nur folgerichtig. Der europäische Staatenbund entstand als Vereinigung von Nationalstaaten, die sich als Herren der Verträge die letzte Entscheidung über staatliches Handeln vorbehalten haben, und sie ist es in ihrer Grundarchitektur bis heute. Die Potemkinschen Dörfer einer EU-Pseudo-Staatlichkeit und einer allzuständigen zentralistischen Bürokratie fallen unter dem Eindruck der Krise zur Seite, während die europäischen Regierungen ihre Souveränität zurückholen, die eine anmaßende Brüsseler Nomenklatura ihnen Schritt für Schritt zu entwenden versucht hatte.

Sie tun dies mit unterschiedlicher Entschlossenheit. Österreich und Tschechien hatten keine Bedenken, unverzüglich ihre Grenzen zu schließen und damit die Konstruktion von Schengen faktisch außer Kraft zu setzen, während Berlin sich noch an „europäische Lösungen“ klammerte, von denen niemand etwas wissen wollte.

Einige schießen bei der Wiederentdeckung des „sacro egoismo“ über das Ziel hinaus, etwa wenn Italien mit Polen und Tschechien über von letzteren einbehaltene Lieferungen von Schutzausrüstung in Streit gerät. Umgekehrt hatte Deutschland zunächst von der Schweiz bestellte und bezahlte Chargen an Schutzprodukten unter Berufung auf EU-Exportverbotsverfügungen zurückgehalten.

Und während Italien beklagte, mit dem Corona-Massensterben von den EU-Partnern im Stich gelassen zu werden, flog Frankreich Intensivpatienten, für die es im Elsaß keine Betten mehr gab, zunächst nach Südfrankreich aus statt ins benachbarte Baden-Württemberg, wo noch Kapazitäten frei waren.

Europäische Solidarität kann gleichwohl zwischen souveränen Nationalstaaten auf Augenhöhe stattfinden, ohne daß es dazu einer übergestülpten EU-Bürokratie bedarf. Das rief ausgerechnet die russische Regierung wieder ins Bewußtsein, als sie Ärzte und Intensivgerät bilateral nach Italien schickte.

Daß der Nationalstaat die politische Ebene ist, auf der Solidarität und die Übernahme kontrollierter Verantwortung nach innen und außen funktionieren, müssen die europäischen Regierungen und ihre Bürger erst wieder lernen. Auch und gerade die Deutschen, die jetzt aufpassen müssen, daß ihre Regierung die ihr übertragenen Krisenbefugnisse nicht überdehnt, mißbraucht und zum Dauerzustand macht.

Deutschland, das zwischen hedonistischer Verdrängung und EU-fixierter Verantwortungsflucht zu lange zögerte, das Heft des Handelns zu ergreifen, wird für die Bewältigung der Krise einen ähnlich hohen Preis zahlen wie die Einparteiendiktatur China, die wertvolle Zeit durch Vertuschung verlor. Gefestigte südostasiatische

Demokratien wie Südkorea haben das Virus dagegen durch gezieltes Handeln und frühzeitige Abschottung rascher in den Griff bekommen.

Der souveräne Nationalstaat, der sich auf loyale Bürger stützen kann, ist gerade in Notzeiten die sicherste Bank und auch im 21. Jahrhundert ein Erfolgsmodell. Das ist eine der Erkenntnisse, die aus der Corona-Krise zu gewinnen sein wird.

„Wenn ihr jetzt nicht Einhalt gebietet ...“

Debatte um Ausrichtung der AfD: Bundesvorstand fordert die Auflösung des Zusammenschlusses „Flügel“ / Björn Höcke gibt nach

Christian Vollradt

Zu Wochenbeginn gab es dann doch ein bißchen mehr Klarheit. Auf ihrer Internetseite veröffentlichte die Thüringer AfD am Montag einen Mitgliederbrief, unterzeichnet von den beiden Landesvorsitzenden Björn Höcke und Stefan Möller. Darin heißt es, „die Aufforderung des Bundesvorstands, den ‘Flügel’ aufzulösen, und die darauf folgende Ankündigung der Auflösung haben erhebliche Unsicherheit und Unruhe in der Partei verursacht.“ Zu „Sinn und Zweck dieses Vorgehens“ wolle man an der Stelle nichts verlauten lassen, aber man versichere, daß dies „auf unseren Landesverband keine Auswirkung“ haben werde. Es war, soweit erkennbar, das erste offizielle Statement des „Flügel“-Chefs Höcke, in dem er die Absicht, die parteiinterne Gruppierung aufzulösen, bestätigte.

Solches hatte er am vergangenen Samstag abend in dieser Deutlichkeit noch vermieden, als er im Interview mit der Onlineausgabe der Sezession betonte, der „Flügel“ betreibe schon selbst „Historisierung“. Der Beschluß des AfD-Bundesvorstands vom Vortag, mit dem die Parteispitze den „informellen Zusammenschluß ‘Flügel’“ aufforderte, sich bis zum 30. April aufzulösen, habe ihn „peinlich berührt“, denn er komme zur Unzeit. Da eben die „Historisierung“ des Flügels längst im Gange sei, der sich als Korrektiv in der AfD gegen zu große Anpassung genug bewährt habe; und nun angesichts der Beobachtung durch den Verfassungsschutz der „nervöse“ Teil der Partei den „erstbesten Anlaß“ genutzt habe, einen solchen Beschluß zu fassen.

Unmut über den Anspruch, die Partei zu dominieren

Darin lasen die meisten eine gewisse Bestätigung der Auflösungsabsichten. Und in der Tat hieß es auf der Facebook-Seite der Organisation: „Schweren Herzens haben wir heute entschieden, daß sich die Wertegemeinschaft des Flügels gemäß dem Beschluß des Bundesvorstandes auflösen wird. Wir tun das in der Hoffnung, daß dies dem Wohl der gesamten Partei dienen wird.“ Kurz darauf twitterte eine ZDF-Journalistin, die Spitze des Flügels habe dem Sender gegenüber eine Auflösung

dementiert. Man denke nur darüber nach. Und siehe da, auf einmal war auch der Facebook-Eintrag ein anderer: „Die kursierenden Medienmeldungen über einen angeblich heute gefaßten ‘Beschuß zur Auflösung des Flügels’ sind unzutreffend. Zutreffend ist, daß wir uns derzeit intensiv mit der Bewertung und möglichen fristgemäßen Umsetzung des Bundesvorstandsbeschlusses zum Flügel beschäftigen.“

War das eine Art Blinde-Kuh-Spiel mit Journalisten? Oder eine taktisch ausgeklügelte Finte, um unter den politischen Gegnern – denen innerhalb genauso wie denen außerhalb der eigenen Partei – ein größtmögliches Maß an Verwirrung zu stiften? Diese Lesart würde den Protagonisten sicherlich am besten gefallen. Doch es gibt auch eine andere; und die lautet: Im Flügel selbst herrschte Verwirrung, das ganze Hin und Her fußte vielmehr auf der eigenen Unsicherheit, was nun zu tun sei.

Glaukt man verschiedenen Stimmen aus der Partei, auch aus dem Umfeld des Flügels, so ist die Positionierung unter den Parteirechten keineswegs so einheitlich, wie es oftmals scheint und wie es gerne nach außen transportiert wird. Daß Höcke mit der Auflösung seines Projekts („Historisierung“) bereits selbst begonnen habe, bezweifeln viele in der AfD. Tatsächlich hätten namhafte Mitglieder der Gruppierung solche Überlegungen an ihn herangetragen, jedoch ohne bei ihm Gehör dafür zu finden. Und warum ließ Höcke noch am 15. November vergangenen Jahres das Logo des Flügels auf seinen Namen und unter der Adresse seines Wahlkreisbüros als Wort-Bildmarke beim Deutschen Patent- und Markenamt eintragen – und am 4. März aktualisieren?

Und warum war kurz vor der Bundesvorstandssitzung am Freitag noch ein Schreiben per E-Mail an die „werten Unterzeichner der Erfurter Resolution und Freunde des Flügels“ gegangen, in dem sie aufgefordert wurden, ein „klares Zeichen“ an die Parteispitze zu senden: „Keine Alternative für Deutschland ohne einen starken patriotischen Flügel!“ Der Vorstand, so die Forderung, müsse von einer „existenzgefährdenden Ausgrenzung des Flügels Abstand nehmen“, hieß es in dem ohne Namen, nur mit „Der Flügel“ unterzeichneten Aufruf.

Das war eine Gegenreaktion auf den in der AfD zuletzt stark zum Ausdruck gebrachten Unmut über den innerparteilichen Zusammenschluß. „Die verbreitete Unzufriedenheit in der Mitgliederschaft, mit dem, was so aus dem Flügel kommt, ist auf einen Punkt zugesteuert, an dem es heißt: bis hier hin und nicht weiter“, berichtete Parteichef Jörg Meuthen der JUNGEN FREIHEIT. Es seien „unzählige Mails“ aus den Reihen der AfD eingetroffen mit dem Tenor: „Wenn ihr jetzt nicht dem Flügel Einhalt gebietet, dann verlassen wir die Partei.“

Meuthen bestätigte den größer gewordenen Argwohn gegenüber der „Partei in der Partei“, die zusehends beanspruche, die eigentliche Partei „dominieren zu wollen“. Hinzu kommt der Unmut in der AfD, deren Mitglieder häufig besonders viel Wert auf die Mitspracherechte der Basis, auf direktdemokratische Mitwirkung legen, am Aufbau des Flügels, der im Unterschied zu Interessengruppen in anderen Parteien keine

interne demokratische Legitimierung hatte, sondern strikt „top down“, also von oben nach unten geführt wird. Höckes führende Rolle beruhte nicht auf einer Wahl, sondern auf dem Charisma, das man ihm seitens seiner Gefolgsleute zuerkannte. Auch die sogenannten Obleute sind nicht gewählt, sondern auf Vertrauensbasis ernannt.

Andere in der AfD bestätigen gegenüber der JF, daß die Stimmung unter Kritikern der Parteirechten schlechter geworden sei; daß das Bedürfnis zugenommen habe, endlich „Tacheles zu reden“. Daß nun ein solcher Vorstoß zur Überraschung vieler vom Vorstand des mitgliederstärksten Landesverbands Nordrhein-Westfalen kam, habe „eine neue Dynamik“ in die Auseinandersetzung gebracht, ist ein AfD-Politiker überzeugt. Vergangene Woche hatte der Düsseldorfer Landesvorsitzende Rüdiger Lucassen in einem Brief an den Bundesvorstand geschrieben, daß große Teile der Mitglieder in seinem Verband den Flügel als Gefahr für die Partei ansähen. Dessen Bestrebungen in Nordrhein-Westfalen seien ein „steter Quell von Streit und personellen und organisatorischen Auseinandersetzungen“ gewesen. „Ein ‘Weiter so’ kann es nicht geben. Wir müssen die eigenen Fehler analysieren, erkennen und daraus entschiedene Konsequenzen ziehen“, forderte der Bundestagsabgeordnete. Auch ohne die jetzige Beobachtung durch den Verfassungsschutz werde die Gruppierung „zunehmend zu einer innerparteilichen Zerreißprobe“ und mache „erfolgsversprechende Wahlergebnisse in unserem Bundesland zunichte“.

Erleichterung über den Ausschluß Gedeons

Entsprechend eingestimmt kamen die Mitglieder des Bundesvorstands dann am Freitag in Berlin zusammen. Mehrere Stunden dauerte die teils hitzig verlaufende Debatte. Am Ende stimmten 11 der 13 Vorstände für den Antrag, wonach der Flügel sich bis Ende April aufzulösen habe. Nur Flügel-Protagonist Andreas Kalbitz votierte dagegen, Stephan Brandner aus Thüringen enthielt sich. Dem Versuch der krankheitsbedingt per Telefon zugeschalteten Alice Weidel, die Formulierung abzuschwächen („Rückbau“ statt „Auflösung“) war kein Erfolg beschieden. Der Flügel muß seine Strukturen aufgeben, es dürfen keine Veranstaltungen à la „Kyffhäuser-Treffen“ mehr stattfinden, die Aktivitäten in den Sozialen Netzwerken seien einzustellen. Zudem ist Björn Höcke für die nächste

Vorstandssitzung einbestellt, um sich für verbale Fehlgriffe zu rechtfertigen.

Regelrecht „gegrillt“ worden, so Teilnehmer, sei auch Brandenburgs Landeschef Kalbitz. Bei ihm ging es um den Vorwurf, er sei Mitglied der rechtsextremen, mittlerweile verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) gewesen, was er indes bestreitet (JF 13/20). Seine Vorstandskollegen forderten ihn auf, juristisch gegen die im Spiegel verbreitete Behauptung, etwa per eidesstattlicher Erklärung, vorzugehen. Träfe es dagegen zu, daß es Belege einer HDJ-Mitgliedschaft Kalbitz' gibt, könnte seine AfD-Zugehörigkeit ohne Parteiausschlußverfahren annulliert werden. Denn auch der frühere Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Dennis Augustin, flog aus der AfD, weil er eine später belegbare NPD-Mitgliedschaft beim Eintritt verschwiegen hatte.

Rüdiger Lucassen, der mit seinem Brandbrief den Stein entscheidend mit ins Rollen gebracht hatte, zieht eine positive erste Bilanz aus den jüngsten Entwicklungen: „Unser Land ist in einer schwierigen Lage und braucht eine AfD, die sich rasch weiter professionalisiert und politische Lösungen anbietet; nicht in zehn Jahren, sondern jetzt“, meinte der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende gegenüber der jungen Freiheit. Parallelstrukturen stünden diesem notwendigen Prozeß im Weg, weswegen die Auflösung des „Flügels“ ein „guter Schritt“ sei. Und Lucassen versichert: „Die AfD wird dabei auch weiterhin die Heimat des rechts-nationalen Spektrums sein. Das war bis jetzt so und wird auch so bleiben.“

Unterdessen hatte noch vor der vielbeachteten Vorstandssitzung am vergangenen Freitag das Bundesschiedsgericht der AfD den fraktionslosen baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon aus der Partei ausgeschlossen. Für ihn sei wegen parteischädigenden Verhaltens kein Platz mehr in der AfD, befanden die Juristen. So habe Gedeon vorsätzlich gegen die Grundsätze verstoßen, etwa indem er über die Vereinigung „Juden in der AfD“ sagte, es handle „sich um eine zionistische Lobbyorganisation, die den Interessen Deutschlands und der Deutschen zuwiderläuft.“

Das nun ergangene Urteil stieß auf breite Zustimmung. „Gedeons Parteiausschluß ist ein so überfälliges wie richtiges und wichtiges Zeichen.

Das lautet: Es gibt keinen Platz für Antisemiten in der AfD“, resümierte ihr Vorsitzender Jörg Meuthen.

Sehr geehrte Damen und Herren,



in diesen Tagen spüren wir alle, dass es kostbare Dinge gibt, die wir allzu oft für selbstverständlich erachten.

Sei es die Fürsorge innerhalb der Familie, sei es der Dienst der Krankenschwester in der Klinik, sei es der Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir alle können etwas lernen aus diesen Wochen. Etwas Demut und Dankbarkeit. Dankbarkeit für die Verantwortung, die unsere Nächsten übernehmen. Demut vor den Mühen und Leistungen derer, die vor uns waren. Sie sollten uns Hoffnung machen, aus dieser Krise gestärkt hervorzugehen. Als Einzelne.

Als Familie. Als Nation.

Manche behaupten, unsere Gesellschaft sei so gespalten wie nie zuvor. Ich will das nicht glauben. Ja, natürlich gibt es Streit, gibt es verschiedene Vorstellungen von der Zukunft Deutschlands. Aber das hat es immer gegeben. Was neu ist, ist der Versuch, das Argument des politischen Gegners als unmoralisch zu brandmarken. Das vergiftet den Streit. Vergiftet die Beziehungen. Zu Freunden, Familienmitgliedern, Nachbarn. Es tut mir sehr leid, aber das können wir nicht zulassen. Wir nicht. Und Sie auch nicht.

Ich werde heute in manchen Talkshows unwidersprochen als „Faschist“ bezeichnet. Meine Mitstreiter als Wiedergänger

der Nazis. Wissen Sie, ich kann das ab: mein Fell ist im Laufe der Jahre ziemlich dick geworden. Aber glauben Sie mir, für jeden einzelnen Anhänger ist diese alltägliche Ausgrenzung aus der Gesellschaft eine große Last. Viele ostdeutsche Landsleute erinnert dieser Zustand immer mehr an sehr dunkle Stunden unserer Geschichte. Nein, wir sind kein „Krebsgeschwür“. Wir sind kein „Pack“. Wir sind freie Bürger wie Sie. Freie Bürger, die sich in echter Sorge um das von unseren Vorvätern Ererbte zusammengefunden haben. Zu diesem Erbe gehört das Grundgesetz.

Die beste Verfassung, die wir Deutschen je hatten. Deren Inhalt und Geist wir jeden Tag gerecht werden müssen. Nein, nicht der Streit ist die Gefahr für unsere Verfassung, für die pluralistische Demokratie und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Gefahr sind selbsternannte „Demokraten“, die die Opposition verstummen lassen wollen. Indem sie laut schreien: „Wir sind mehr!“ Das mag ja sogar so sein. Aber auch eine Minderheit hat in der Demokratie das Recht, gehört zu werden. Dafür kämpfen wir. Für Sie. Für Deutschland. Für uns alle.

A black and white photograph of a handwritten signature in cursive script, which reads "Alexander Gauland". The signature is written on a dark, textured background.

Alexander Gauland, Ehrenvorsitzender der Alternative für Deutschland



Identitätspolitik fördert Diskriminierung

Wir können stolz sein auf uns

Laila Mirzo

Selbsthaß statt Selbstbewußtsein und Stolz, Scham statt Ehre. Das beschreibt das moderne „Deutschsein“ in der Merkel-Ära. Und ich befinde mich mitten in dieser Sinnkrise einer Nation. Als Tochter eines syrisch-kurdischen Vaters, in Damaskus geboren und mit einer Kindheit auf den Golanhöhen, lernte ich von den Beduinen, daß Stolz und Ehre den Menschen zum Menschen machen und das Fundament seiner Würde sind. Als ich mit meiner deutschen Mutter zurück nach Deutschland kam, lernte ich in der Schule, daß Stolz und Ehrgefühl in Deutschland „belastet“ wären, wer stolz sei, würde sich über andere erheben. Stolz wäre eine „schlechte“ Charaktereigenschaft.

Je akzentfreier mein Deutsch wurde, desto mehr wurde von mir erwartet, „deutsch“ zu sein. Und ich spreche hier nicht von Integration. Deutsch sein bedeutet, sich schuldig zu fühlen. Kurzum, es war der Tag, an dem ich Hitler erbte.

Und ja, ich war eine gute Deutsche, ich habe mich geschämt für Taten, die ich nicht begangen hatte. Ich habe die Schuld auf mich genommen. Doch es hörte nicht mit Hitler auf. Ich mußte auch lernen, mich für die Kolonialzeit zu schämen, für all das Unrecht, welches jemals unter einer deutschen Fahne begangen wurde. Aber auch hier hörte es nicht auf. Ich mußte mich für die Verbrechen der „Weißen“ schämen, für die Unterdrückung und Ausbeutung indigener Völker. Ich wollte ein guter Mensch sein, also habe ich mich geschämt. Aber es wollte nicht aufhören. Also trug ich auch die Schuld der Kirche mit all den Verbrechen der letzten Jahrhunderte: Zwangsmisionierung, Hexenverbrennung und Inquisition. Ich fühlte mich schuldig und habe mich geschämt. Bis ich endlich den Unterschied zwischen Schuld und Verantwortung begriff.

Schuld kann man nur an etwas haben, was man selbst durch sein Tun oder Nichttun verschuldet hat. Dafür kann man dann zur Rechenschaft gezogen werden. Dafür kann man bestraft oder entschuldigt werden. Eine Schuld kann man nicht vererben oder übertragen. Und wenn, dann trägt der „Nachfolger“ nicht länger die Schuld, sondern eine Verantwortung. Für mich definiert sich diese Verantwortung dadurch, daß ich mich mit all meiner Kraft und Möglichkeiten gegen jegliches Unrecht stelle. Also habe ich mich entschieden, mich nicht länger zu schämen oder mich schuldig zu fühlen, sondern mit Stolz diese Verantwortung zu tragen; aufrecht und mit erhobenem Haupt den Sieg meiner Vorfahren über die eigene Barbarei weiterzutragen.

Seit Jahren wird eine intensive „Identitätspolitik“ betrieben, die zu einer zunehmenden Fragmentierung der Gesellschaft führt. Alleinerziehend schlägt Familie, schwul schlägt hetero, Frau schlägt Mann, Islam schlägt Christentum, Divers schlägt sie alle.

Was ich auch gelernt habe ist, daß Deutschland an einer ausgeprägten Schizophrenie leidet. Deutschland definiert, was gut und was böse ist, aber das gilt nicht für alle Menschen. Deutscher Stolz ist böse, arabischer Stolz ist gut. Sexismus durch westliche Männer ist böse, Sexismus durch islamische Männer ist „Kultur“. Deutschland verurteilt Antisemitismus, verschließt aber die Augen vor dem islamischen Judentum. Es gedenkt der toten Juden, schert sich aber einen Dreck um die Juden, die unter uns leben. Deutschland bekennt sich zum Existenzrecht Israels als deutsche Staatsräson, hofiert aber dessen größten Feind, den Iran. Wer diesen kognitiven Spagat nicht schafft oder nicht mitmachen will, macht sich mindestens „verdächtig“ oder muß sich als „rechter Paria“ selbst in die Ecke stellen.

Seit Jahren wird eine intensive „Identitätspolitik“ betrieben, die zu einer zunehmenden Fragmentierung der Gesellschaft führt. Unsere Kinder bekommen nicht mehr beigebracht, daß sich Leistung und Fleiß lohnen, sondern wer das größte „Opfer“ ist, kommt weiter. Alleinerziehend schlägt Familie, schwul schlägt hetero, Frau schlägt Mann, Islam schlägt Christentum, Divers schlägt sie alle.

Es geht vielerorts nicht mehr um das Individuum, sondern um Randgruppen-Kollektive. Und gerade dies schließt Menschen aus und fördert Diskriminierung. Als Frau mit Migrationshintergrund werde ich an erster Stelle nicht nach meinen Fähigkeiten und Qualifikationen bewertet, sondern nach meinem Geschlecht und ethnischen Background. Als Frau kann ich die „Frauenquote-Karte“ spielen: Bei gleicher Eignung werde ich einem männlichen Bewerber vorgezogen. Was hat das mit Gleichberechtigung zu tun? Und was ist mit den Rechten der Männer?

Quoten werden mittlerweile auch für Migranten gefordert, und zwar explizit für Funktionen in der Politik. So gibt es Vorschläge, Parteien könnten auf ihren Wahllisten Quoten für Menschen mit Migrationshintergrund einführen. Unternehmen gehen Selbstverpflichtungen ein, um den Anteil migrantischer Mitarbeiter in Führungspositionen zu erhöhen. Auch bei Polizei und Militär sind ethnische Quotenregelungen ein großes Thema. Ob in der Werbung, im Film oder in sozialen Projekten, das Sichtbarmachen von Minderheiten wird mehr und mehr zur zentralen Agenda.

Dabei scheint niemandem in den Sinn zu kommen, daß diese Vorgehensweise alles andere als „integrativ“ ist. Ganz im Gegenteil, es macht die Unterschiede sichtbar, die angeblich keine Unterschiede mehr sein dürften. Es wird ein Keil zwischen uns gerammt, es kommt auf die Unterschiede an und nicht auf die Gemeinsamkeiten. In dieses Horn bläst auch die amerikanische Soziologin Robin DiAngelo, die an der University of Washington in Seattle lehrt und Kurse zu Antirassismus gibt. Bei einem Vortrag im März 2019 sagte DiAngelo, daß „Weiße, die ihre Mitmenschen eher als Individuen ansehen und nicht aufgrund ihrer Hautfarbe beurteilen, wirklich gefährlich sind“.

Reflexartig kommen einem beim Lesen dieser intellektuellen Bankrotterklärung die Worte des Bürgerrechtlers Martin Luther King in den Sinn: „Ich habe einen Traum, daß meine vier kleinen Kinder eines Tages in einer Nation leben werden, in der sie nicht wegen der Farbe ihrer Haut, sondern nach dem Wesen ihres Charakters beurteilt werden. Ich habe einen Traum!“

Diesen Traum müssen wir weiter träumen, denn die Politische Korrektheit hat eine neue Form des Rassismus geboren.

Die Reduzierung der Minderheiten auf ihre „Eigenschaft als Minderheit“ ist ein höchst bedenklicher, wenn nicht ein gefährlicher Trend. Wenn nicht länger der Mensch im Vordergrund steht, sondern, daß er schwarz, schwul, transgender oder jüdisch ist, ist es doch eine ziemlich oberflächliche Auseinandersetzung mit dem Individuum, die niemandem gerecht werden kann. Und dennoch erleben wir einen fortschreitenden Rückbau des zivilisatorischen Akts der Toleranz und der Gleichheit vor dem Gesetz. Es darf doch keine Rolle spielen, ob ich ein schwuler Fußballer bin, sondern daß ich ein guter Fußballer bin. Bin ich ein „behinderter“ oder ein „türkischstämmiger“ Autor, oder bin ich ein guter Autor, der spannende Bücher schreibt?

Es wird ständig mit zweierlei Maß gemessen. Hätte die deutsche Punkrock-Band Die Ärzte in ihrem Song „Abschied“ die Liedzeile „Los komm, wir sterben endlich aus, denn das ist besser für die Welt“ auch an ein afrikanisches Publikum gerichtet? Wohl kaum.

Mich erinnert die ganze Diskussion an George Orwells „Farm der Tiere“, wo es heißt: „Alle Tiere sind gleich. Aber manche sind gleicher als die anderen.“ In einer Gesellschaft, die den Anspruch darauf erhebt, zivilisiert zu sein, darf es dieses Prinzip nicht geben. Nicht in die eine und nicht in die andere Richtung. Zur Gleichberechtigung und Gerechtigkeit gehören alle. Das gilt für „People of Colour“, und das gilt für „Weiße“.

Doch nicht alle sehen das so. Die von Anetta Kahane, einer Ex-Stasi-Zuträgerin mit dem Decknamen „Victoria“, geführte Amadeu-Antonio-Stiftung in Heidelberg, schreibt auf ihrer Homepage: „In Deutschland schafft Rassismus vielfältige Privilegien für weiße Deutsche, weshalb es auch keinen Rassismus gegen weiße Deutsche geben kann“. Die „Deutschfeindlichkeit“ an vielen Schulen mit einem hohen Migrantenanteil ist sicherlich nicht im Fokus von Frau Kahane, denn es heißt weiter: „Weiße Deutsche müssen sich und ihre Herkunft nicht erklären oder rechtfertigen und dürfen sich als ‘normal’ verstehen – ohne daß das hinterfragt wird.“

Auch hier scheint die Amadeu-Antonio-Stiftung blind zu sein, wenn es um antideutsche Strömungen innerhalb der radikalen Linken geht. Es wird stetig mit zweierlei Maß gemessen, und das hat nichts mit Gerechtigkeit zu tun. Hätte die deutsche Punkrock-Band Die Ärzte in ihrem Song „Abschied“ die Liedzeile „Los komm, wir sterben endlich aus, denn das ist besser für die Welt“ auch an ein afrikanisches Publikum gerichtet? Wohl kaum.

Bei all der Selbstkritik, die nicht selten in Selbsthaß mündet, können wir doch mit gutem Gewissen stolz sein auf uns. Schon oft haben wir aus eigener Kraft unsere eigene Barbarei überwunden. Die Errungenschaften der Frauenbewegung wären ohne die Unterstützung der Männer doch gar nicht möglich gewesen. Diesen Schritt mußten wir gemeinsam gehen. Auch die Schwulenbewegung oder der Freiheitskampf der schwarzen Menschen wären ohne die Akzeptanz und den Respekt in der Gesellschaft nicht möglich gewesen. Es ist ein Sieg von uns allen!

Wer sich mit den Begriffen Stolz und Ehre schwertut, kann sich dem Thema auch philosophisch nähern, dann kann in Zukunft vielleicht ein kollektives Selbstbewußtsein erwachsen, das wir gerne an unsere Kinder weitergeben. Denn es ist höchste Zeit, unser kulturelles Erbe vor der Plünderung durch Moralisten und Meinungsinquisitoren zu bewahren. Hierzu weist auch der polnische Botschafter in Berlin, Andrzej Przybyszki, in einem Interview im aktuellen Cato-Magazin (Nr. 2, März 2020) auf die Dringlichkeit einer Reform der Europäischen Union auf Basis „traditioneller Werte“ wie Religion, Familie oder Nation: „Es geht um die kulturelle Identität und damit um den Erhalt der zivilisatorischen Werte Europas.“

Laila Mirzo, 1978 in Damaskus geboren, lebt heute, nach Stationen in Passau, Linz und Wien, mit ihrer Familie in Berlin. Als Schriftstellerin und freie Publizistin (Jüdische Rundschau, NZZ) warnt sie vor den Gefahren eines fundamentalistischen Islam. In Österreich konvertierte sie vom Islam zum Christentum. Ihr Buch „Nur ein schlechter Muslim ist ein guter Muslim. Über die Unvereinbarkeit des Islam mit unserer Kultur“ erschien 2018 im Riva-Verlag der Münchner Verlagsgruppe.

Foto: Der US-amerikanische Bürgerrechtler Martin Luther King in Washington: „I have a Dream“, rief er Ende August 1963 den 250.000 Demonstranten von der Lincoln-Gedächtnisstätte zu. Er forderte Gleichberechtigung, nicht Übervorteilung.